

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 11 (1919)
Heft: 8

Artikel: Von den deutschen Gewerkschaften
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351030>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schwingsen sich die Leute heute noch nicht empor. Es fehlt noch die Erkenntnis, dass, weil die Konstitution und die Geschicklichkeit bei verschiedenen Menschen verschieden ist, jeder soviel arbeiten muss, als er zu arbeiten vermag, selbst wenn er an der Gesamtproduktion nur gleichmässigen Anteil erhält. Das wäre der wahre Kommunismus, die wahre Brüderlichkeit. Heute aber stehen die Arbeiter noch auf dem alten Standpunkt. Wenn sie mehr arbeiten, wollen sie mehr Lohn. Bekommen sie ihn nicht, so wollen sie nicht mehr arbeiten. Darum wollen wir, solange sich die Arbeiter nicht auf den kommunistischen Standpunkt erheben, zum Akkordlohn zurückkehren. Dem Arbeiter muss energisch gesagt werden, dass ohne stramme Arbeit an die Befriedigung seiner Bedürfnisse nicht zu denken ist. Das Bestreben der Gewerkschaften, den Arbeitern der eigenen Branche hohe Löhne bei möglichst geringer Arbeitsleistung zu verschaffen, ist nur in der kapitalistischen Produktion berechtigt gewesen; in der kommunistischen ist dies jedoch unstatthaft...»

Es soll nicht unsere Absicht sein, gegen jene Ausführungen Vargas, die uns nicht als zutreffend erscheinen — so zum Beispiel gegen seine durchaus unrichtige Behauptung, es sei das Bestreben der Gewerkschaften, «den Arbeitern der eigenen Branche hohe Löhne bei möglichst geringer Arbeitsleistung zu verschaffen» —, zu polemisieren. Worauf wir wir nur hinweisen wollen, ist die auch aus diesem Bericht klar erkennbare Tatsache, dass es bei Umgestaltungen der wirtschaftlichen Verhältnisse weit mehr wie bei politischen Umwälzungen nicht so sehr auf den Willen der die Notwendigkeit dieser Umwälzungen Erkennenden ankommt, um so mehr aber auf das Vorhandensein aller jener Voraussetzungen, die diese Umwälzung dauernd und erfolgreich zu gestalten geeignet sind. Alles das, was den vorstehenden Bericht nicht nur geradezu als eine Diskreditierung der kommunistischen Idee erscheinen lässt, sondern auch die Verwaltungsfähigkeiten und das Verantwortlichkeitsgefühl der Arbeiterklasse in Misskredit bringt, ist unseres Erachtens lediglich darauf zurückzuführen, dass in Ungarn, weniger vielleicht noch als in einem andern Staat, alle jene Vorbedingungen für die Alleinherrschaft des Proletariats gegeben waren, die hierzu unbedingt nötig sind. Die Klagen über die «Läuse und Blutegel der Revolution» auf der einen Seite, auf der andern über den Mangel an sozialistischem Selbstbewusstsein bei den Proletariern sind sicherlich nicht unberechtigt, schon darum nicht, weil sie jedem Sozialisten als ein ganz natürliches, aus der kapitalistischen Wirtschaft heraus erstehendes Ergebnis erscheinen müssen.

(«Die Gewerkschaft».)



Von den deutschen Gewerkschaften.

In der türmereichen Stadt Nürnberg traten am 30. Juni die Vertreter der deutschen Gewerkschaftsverbände zu ihrem 10. Kongress zusammen. Trotz den gewaltigen Umwälzungen der letzten Jahre war es seit 1914 das erstmal, dass die Gewerkschaften zur Neuorientierung Stellung nehmen konnten. Man wird es daher verstehen, dass eine ausserordentlich reichhaltige Traktandenliste zu bewältigen war, deren Erledigung von der Beobachtung einer gewissen Selbstbeschränkung der Delegierten abhing.

Nach der Bereinigung der geschäftlichen Angelegenheiten, wie Bureauwahl, Festsetzung der Geschäftsordnung und Wahl der Mandatprüfungskommission, gab es zunächst eine Reihe von Begrüßungsansprachen der Gäste. Von ausländischen Gewerkschaften waren dies-

mal nur Oesterreich, die Schweiz und Norwegen vertreten.

Mit Spannung sah man dem Geschäftsbericht der Generalkommission entgegen, der von Legien erstattet wurde, wusste man doch, dass hierbei die Geister aufeinanderplatzen würden. Der Redner der Generalkommission verwies auf den gedruckt vorliegenden Bericht und beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die Besprechung der Angriffe, die gegen die Generalkommission gerichtet wurden. Er konstatierte, dass die Beschlüsse der Generalkommission stets danach orientiert gewesen seien, ob sie den Arbeitern nützen oder nicht. Mancher von denen, die heute in der Opposition stünden, sei noch vor kurzer Zeit ein gewaltiger Kriegstreiber gewesen. In der ersten Kriegszeit sei die ganze Arbeiterschaft in der Frage der Landesverteidigung einig gewesen. Mit dem Parteistreit habe sich die Generalkommission erst befasst, als er von aussen in die Gewerkschaften hineingetragen worden sei. Legien kritisierte scharf die Massregelung alter Gewerkschaftsbeamter, deren Amtsführung unangreifbar war, die sich aber weigerten, ein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen. Er sagt: «Wir müssen uns schämen, dass es Arbeiter gibt, die andere Arbeiter massregeln», und findet damit stürmische Zustimmung. Es sei das tragische Geschick der deutschen Sozialdemokratie, dass sie in dem Moment, als ihr die politische Macht zufiel, diese nicht ausnützen konnte, weil sie zerrissen war. Gegen Sonderbestrebungen in den Gewerkschaften müsse man mit aller Schärfe vorgehen. Legien wendet sich auch mit Entschiedenheit gegen den Noskesehen Streikerlass im Berliner Eisenbahnerstreik.

Dissmann, Parteisekretär in Frankfurt, Delegierter der Metallarbeiter, hat zum Bericht das Korreferat. Er spricht mit grosser Leidenschaft. «Wenn wir die Tätigkeit der Generalkommission kritisieren», meint er, «dann ist es der Geist, der in der Generalkommission herrscht, den wir bekämpfen müssen.» Die Generalkommission habe ihrer Politik den Stempel des Parteistandpunktes aufgedrückt. Nun wolle man sich allerdings durch die Lösung der Beziehungen zur Partei wieder auf einen gewissen neutralen Standpunkt zurückziehen. Als Beleg für die falsche Haltung der Generalkommission zitiert der Redner eine Reihe von Artikeln aus dem «Korrespondenzblatt». Die Politik der Generalkommission sei mit schuld an dem Elend, unter dem das deutsche Volk leide. Wir verlangen nach dem Kriege eine andere Politik der Generalkommission, die Politik, die von dem Gedanken getragen ist, dass die Gewerkschaften ein revolutionäres Instrument des Proletariats sind. Der Schluss der Rede, der starken Eindruck machte, war ein Bekenntnis für die Geschlossenheit der Bewegung: «Wir bleiben in den Gewerkschaften. Wir werden es in den Gewerkschaften dahin bringen, dass an Stelle des bürokratischen, verknöcherten Geistes der alte revolutionäre Geist kommt.»

Nach den Reden setzte eine grosse Debatte ein. Zu Dutzenden bestürmen die Redner das Präsidium. Etwa die Hälfte kam zum Wort. Man hatte meist den Eindruck, eher auf einem Parteitag als auf einem Gewerkschaftskongress zu sein. Die Wogen der Leidenschaft gingen mitunter hoch, doch ruhig und sachlich waltete das Präsidium (Leipart, Holzarbeiter, Reichel, Metallarbeiter, und Legien) seines Amtes. Bei der Formulierung einer Resolution gegen den Noskesehen Streikerlass kam es zu hitzigen Auseinandersetzungen, rein redaktioneller Meinungsverschiedenheiten wegen. Zum Schluss lag eine Reihe von Resolutionen für und gegen die Generalkommission vor. Ueber die Vertrauensresolution fand Abstimmung unter Namensaufruf statt. Das Vertrauensvotum für die Generalkommission wurde mit 445 gegen 179 Stimmen ange-

nommen. Dafür stimmten geschlossen: Asphaltreue, Bildhauer, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchdrucker, Buchdruckerei-Hilfsarbeiter, Bureauangestellte, Chorsänger, Glaser, Dachdecker, Hotelangestellte, Hutarbeiter, Friseurgehilfen, Landarbeiter, Lithographen, Schiffszimmerer, Steinsetzer, Schornsteinfeger, Tapezierer und Töpfer. Mit grosser Mehrheit dafür: Bäcker (5 gegen 1), Bauarbeiter (26 gegen 3), Bergarbeiter (35 gegen 8), Eisenbahner (15 gegen 10), Fabrikarbeiter (38 gegen 18), Gärtner (2 gegen 1), Gastwirtschaftsgehilfen (4 gegen 2), Gemeinde- und Staatsarbeiter (27 gegen 7), Holzarbeiter (18 gegen 1), Lederarbeiter (3 gegen 2), Maler (5 gegen 2), Maschinisten und Heizer (6 gegen 2), Porzellanarbeiter (4 gegen 1), Sattler (4 gegen 1), Schneider (11 gegen 4), Steinarbeiter (5 gegen 1), Tabakarbeiter (9 gegen 1), Transportarbeiter (35 gegen 2), Zimmerer (9 gegen 4). Geschlossen gegen das Vertrauensvotum stimmten: Kürschner. Mit Mehrheit dagegen: Glasarbeiter (2 gegen 1), Handlungsgelöhnen (15 gegen 10), Metallarbeiter (64 gegen 54), Schuhmacher (7 gegen 5), Textilarbeiter (16 gegen 10). Nach der Abstimmung schien die Spannung zunächst gelöst zu sein. Es wurde mit grosser Mehrheit eine Resolution gegen den Noskeschen Streikerlass angenommen, nachdem sich der Vorsitzende der Eisenbahner mit Schärfe gegen die Inszenierung der Eisenbahnerstreiks, die einen politischen Hintergrund hätten, ausgesprochen hatte. Fast einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die folgenden Sätze bemerkenswert sind: «Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongress sieht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter dürfen die Stosskraft ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Gewerkschaften, nicht schwächen.»

Nun folgte ein Referat von Gertrud Hanna, Berlin, über die Organisation der Arbeiterinnen. Sie sowohl als auch die Diskussionsrednerinnen sprachen sehr eindrucksvoll, und die Voten wurden mit Aufmerksamkeit angehört.

Die folgenden Fragen gehören mehr oder weniger zusammen; es war eine genaue Abgrenzung der Diskussion auch nicht möglich.

Es sprachen Leipart über die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte und Cohen über die Arbeitsgemeinschaft. Ein Korreferat dazu wurde von R. Müller, Berlin, erstattet. Es ist unmöglich, hier auch nur den Kern der Referate herauszuschälen. Soviel darf immerhin gesagt werden, dass das Referat Cohen gegenüber den Ausführungen Müllers durch ausserordentliche Klarheit hervorstach. Man merkte, hier spricht einer, der die Frage gründlich beherrscht. Mit grosser Mehrheit wurde eine Resolution angenommen, die sagt:

«Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt, dass die Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften darstellen, die die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit den Unternehmern und die kollektive Regelung des Arbeitsrechts zum Ziele hat. Die Arbeitsgemeinschaften dienen diesem Zweck überall dort, wo die Privatwirtschaft nicht durch eine sozialistische Wirtschaftsweise ersetzt ist.

Unter der Voraussetzung, dass den Arbeitnehmern in allen Institutionen der Arbeitsgemeinschaften sowie bei allen Verhandlungen und in allen Körperschaften, die dem Aufbau und der Förderung unseres Wirtschaftslebens dienen, vollste Parität mit den Unternehmern

gewährleistet wird, empfiehlt der Kongress allen Gewerkschaften die Beteiligung an der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften.»

In den Satzungen des «Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes», über die Leipart referierte, wird an Stelle der bisherigen Generalkommission eine ähnliche Organisationsform geschaffen, wie sie unser Gewerkschaftsbund darstellt. Die Statuten sind allerdings ausführlicher gehalten, und es ist möglich, die Verbände zu grösseren Leistungen heranzuziehen, sofern Einstimmigkeit vorhanden ist. Dagegen ist den örtlichen Unionen oder Kartellen gar keine Kompetenz in bezug auf Durchführung von Bewegungen eingeräumt, ja es sind solche Anträge nicht einmal vom äussersten linken Flügel gestellt worden.

Die Eisenbahner, die Gemeinde- und Staatsarbeiter hatten Anträge auf Durchführung der Betriebsorganisation gestellt; sie hatten aber den gesamten übrigen Kongress gegen sich, der mit gewaltiger Mehrheit für die bisherige Form der Berufs- und Industrieverbände entschied. Die Diskussion über den Statutenentwurf, die in verhältnismässig kurzer Zeit durchgeführt war, zeigte, dass der Wille zur Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung in allen Lagern vorhanden ist. Das Gesamtstatut wurde mit allen gegen wenige Stimmen angenommen. Es wurde sodann unverzüglich zur Wahl des Bundesvorstandes geschritten. An Stelle des bisherigen 1. und 2. Vorsitzenden tritt ein besoldetes Dreierkollegium. In geheimer Abstimmung gingen mit grossem Mehr aus der Urne hervor: Legien (bish.), Cohen, Metallarbeiter, und Grassmann, Buchdrucker. Nebstdem wurden zwei Sekretäre, ein Kassier und neun unbesoldete Mitglieder gewählt.

Grosses Interesse begegneten die Referate Umbreit und Hilferding (als Korreferent) über die Sozialisierungsfrage. Man konnte gespannt sein über die Auffassungen, die die beiden Referenten zum Ausdruck bringen würden. Sie waren nicht gegensätzlicher Natur, sondern ergänzten einander. Ob diese Uebereinstimmung auch beim dritten Referenten, Heckert, der zum gleichen Thema als Redner der Kommunisten sprechen sollte, aber vorher abreiste, zu konstatieren gewesen wäre, bleibe dahingestellt.

Die übrigen Geschäfte, wie landwirtschaftliche Produktion und Ansiedlung, Lehrlingswesen, Krieg und Volkskrankheiten, Ausbau der Sozialversicherung, kamen natürlich zu kurz und wurden, soweit tunlich, durch Annahme von entsprechenden Resolutionen erledigt. Eine grosse Zahl von Anträgen, die zuletzt noch übrig blieben, wurde als erledigt betrachtet oder dem Bundesvorstand überwiesen. Eine Resolution, die die Massregelung von Angehörigen der Reichswehr von seiten einzelner Gewerkschaften missbilligt, wurde mit grossem Mehr angenommen.

In einem Telegramm wurde der Kongress aufgefordert, dahin zu wirken, dass den an der Schweizergrenze auf Einreise wartenden Kollegen diese bewilligt werde. Der Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes erklärte die Stellungnahme der Schweizer Gewerkschaften zu dieser Frage.

Es waren am Kongress nebst den Gästen 624 Delegierte anwesend. Er war nicht nur in bezug auf die Teilnehmerzahl der bedeutendste, der bisher stattgefunden hat, sondern auch in bezug auf die Fragen, die zur Behandlung standen. Es war zu erwarten, dass die Geister hart aufeinanderplatzen würden, und Befürchtungen über den Ausgang waren wohl berechtigt. Sie sind zuschanden geworden.

Ueber alle Parteistreitigkeiten hinweg wird Deutschland auch in Zukunft eine geschlossene und mächtige Gewerkschaftsbewegung haben.

